

„Wir müssen die Gemeinden entlasten“

Greifswalds Bürgerschaftsmitglied Monique Wölk (SPD) will neue Landrätin werden

Vorpommern-Greifswald. Neue Wege will sie in Vorpommern-Greifswald beschreiten – die SPD-Landratskandidatin Monique Wölk. Das betrifft sowohl die Verwaltungsstrukturen als auch die Finanzierung von Aufgaben oder den Bildungsbereich. Die OSTSEE-ZEITUNG traf sich mit der 42-jährigen Greifswalderin, die sich ehrenamtlich in der Bürgerschaft engagiert, zu einem Interview. Leser konnten vorab ihre Fragen schicken.

Als Landrätin möchten Sie die Weichen dafür stellen, dass alle Leute in unserem Landkreis gut leben können – nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum. Wie soll das gelingen?

Das Leben in den Städten und das Leben in den Dörfern entwickeln sich auseinander. Mein Ziel ist es, diese Entwicklung, den Abbau von Dienstleistungen, zu stoppen. Wir brauchen mehr öffentlichen Nahverkehr in der Fläche, Gemeinden sollten in ihre Straßen ebenso investieren können wie in Kitas und Schulen. Das alles hängt an der finanziellen Ausstattung der Kommunen. Sie brauchen mehr Geld, um wieder selbst gestalten zu können und nicht nur auf zweckgebundene Fördermittel für Projekte angewiesen zu sein. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass Leute auf dem Land gut leben können und nicht gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Mehr Geld vom Land haben schon andere Kommunalpolitiker gefordert.

Mein Geld vom Land – ja. Aber nicht nur. Mein Ziel ist es, die Konsolidierungsvereinbarung des Kreises mit dem Land neu zu verhandeln. Natürlich müssen wir auch die Schulden abbauen. Aber es darf nicht sein, dass wir im Kreis Überschüsse erwirtschaften und diese Mittel dann noch nicht mal eigenverantwortlich für Schulen, Kitas oder Straßen einsetzen dürfen, sondern zusätzlich in den Schuldenabbau stecken müssen.

Sie haben sich für den Wahlkampf ebenfalls auf die Fahnen geschrieben, die Kreisumlage zu senken.

Richtig. Auf Initiative der SPD fällt sie ja jetzt schon etwas geringer aus, aber das reicht noch nicht. Die Gemeinden ächzen fast alle unter einer Schuldenlast, können kaum die Pflichtaufgaben erfüllen, geschweige denn freiwillige Aufgaben. Es ist wichtig, ihnen endlich wieder mehr finanziellen Spielraum zu geben, damit sie selbst etwas gestalten können.

Bildung wollen Sie im Landkreis zur Chefsache machen. Was bedeutet das konkret?

Bildung ist natürlich Ländersache. Aber die Struktur in der Kreisverwaltung halte ich nicht für gut. Bislang ist Bildung beim Finanzdezernat angesiedelt. Dort schaut man natürlich, wo Mittel eingespart werden können. Aktuell sind das 300 000 Euro im Bildungsbereich mit der Begründung, dass die Projekte noch nicht begonnen wurden. Das halte ich für nicht gut. Bildung sollte der Bereich sein, in dem zuallerletzt gespart wird. Des-



Monique Wölk ist in Nordrhein-Westfalen aufgewachsen. In Vorpommern habe sie eine neue Heimat gefunden, sagt die 42-Jährige. Gern ist sie in der Na-

zen. Sind die angesichts fortschreitender Digitalisierung überhaupt noch zeitgemäß?

Im Landkreis Ludwigslust-Parochim gibt es sie seit Jahren – und zwar mit Erfolg. Ich würde die Bürgerbüros bei den Ämtern ansiedeln, um Aufgaben von der Kreisebene nach unten zu verlagern und dadurch gleichzeitig Mitarbeiter in die Fläche zu bringen. Auch für eine bessere Kommunikation zwischen den verschiedenen Bereichen. Das klassische Beispiel ist die Ummeldung eines Autos. Dafür sollten die Menschen künftig nicht mehr weite Strecken zurücklegen müssen. Die Idee widerspricht im Übrigen nicht der Digitalisierung, sie kann unterstützend wirken.

Zugleich geht es um Bürgernähe für jene Menschen, die es wünschen.

Nach Ihrer Ankunft in Greifswald haben sie sich gegen den geplanten Bau eines Steinkohlekraftwerks in der Lubminer Heide engagiert. Das Thema ist vom Tisch, die Energiewende bestimmendes Thema. Seit 2017 sind Sie Mitglied im Energiebeirat Vorpommern. OZ-Leserin Thea Funk von der Bürgerinitiative „Freie Friedländer Wiese“ möchte wissen, wie Sie zur Energiepolitik unseres Landes stehen – und insbesondere zur Errichtung von Windkraftanlagen in sensiblen Bereichen? Prinzipiell finde ich die Energiewende richtig. Das Rad wieder umzudrehen, kommt nicht in Frage.

OZ-Serie zur Landratswahl

Am 27. Mai wählen die Einwohner des Landkreises Vorpommern-Greifswald einen neuen Landrat. Die Amtsinhaberin Barbara Syrbe (Linke) tritt nicht mehr an. Die sieben Bewerber stellt die OZ in einer Serie vor: Michael Sack (CDU), Monique Wölk (SPD), Dirk Scheer (parteilos), Axel Gerold (AfD), Ulrike Berger (Grüne), Andre-

as Suttor und Kai-Uwe Ottenbreit (beide parteilos).

Die OZ lädt zu zwei Foren mit den Landratskandidaten ein: Das erste ist am **2. Mai** um 19 Uhr im Rankwitzer Hof, Rankwitz im Lieper Winkel. Das zweite Forum findet am **16. Mai** um 18 Uhr im sozio-kulturellen Zentrum St. Spiritus in Greifswald statt.

Allerdings läuft nicht alles so toll – die Art und Weise der Umsetzung lässt zu wünschen übrig. Ich kann verstehen, dass manch einer die vielen Windkraftanlagen an der A20 oder dort, wo Dörfer davon eingeschlossen werden, kritisiert.

Doch ich finde nicht, dass die Anlagen die Landschaft verschandeln. Landschaft hat sich immer verändert. Ich verstehe auch, dass sich viele Gemeinden beim Thema Eignungsgebiete überfordert fühlen, ihre Beteiligung funktioniert nicht gut. Ich würde mir deshalb wünschen, dass der Landkreis eine stringenter Beratung anbietet. Gemeinden müssen auf Augenhöhe mit den Investoren agieren können. Da sehe ich Handlungsbedarf. Ich denke, Windkraftanlagen müssen nicht überall stehen. Wichtig ist, dass man ehrlich miteinander über das Thema redet und der Kreis im Konfliktfall vermittelt.

Kontrovers geht es in der Region auch beim Thema Kreiskrankenhaus Wolgast zu. Sehen Sie da auch Handlungsbedarf? Landratskandidat Michael Sack spricht sich dafür aus, dass der Kreis die Einrichtung von der Unimedizin Greifswald zurückkauft.

Ich bin dagegen. Ich habe mich mit der Bürgerinitiative ausgetauscht. Das Entscheidende ist doch, dass die Versorgung funktioniert. Für die Region ist wichtig, dass in Wolgast unter Federführung des Krankenhauses die Ausbildung stattfindet, um auch die Zukunft zu sichern. Wichtig ist auch eine gute Kooperation zwischen Krankenhaus und Ärzten vor Ort. Meine Idee ist, dass der Kreis mit einem entsprechenden Stimmrecht als Mitglied im Aufsichtsrat agiert. Ein Rückkauf löst am Ende aber keine Probleme, man muss verhandeln und Position für die Region beziehen.

Als Vorsitzende des Bauausschusses der Greifswalder Bürgerschaft sind Sie auch mit der Entwicklung des Greifswalder Industriehafens vertraut. Ein Problemkind seit Jahren.

Ein schwieriges Thema. Ich habe gegen die Ausbaggerung des Hafens gestimmt, denn ich sehe da kein zukunftsträchtiges Konzept. Schiffbau, wie es ihn dort schon gibt, kann ich mir gut vorstellen, auch die weitere Ansiedlung von maritimem Gewerbe. Aber darüber hinaus bin ich dafür, die anderen Häfen der Region zu stärken und zu schauen, wo sich Kooperationen anbieten oder ausbauen lassen. Wolgast, Vierow und Mukran arbeiten schon zusammen. Vielleicht lässt sich das intensivieren. Wir haben in der Region sehr viele kleine Häfen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Frage ist: Wie können sie sich aufstellen, um auch in Zukunft zu überleben?

Bei Facebook fragte Mike Kennedy, wann die SPD mit ihren Bündnispartnern in Greifswald endlich den Stillstand der Hansestadt beenden wird. Ich sehe in der Stadt keinen Stillstand. Im Gegenteil. Nehmen wir etwa den B-Plan 55 an der Hafestraße. Durch das Engagement der SPD sind wir unserem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, hier ein ganzes Stück näher gekommen. Natürlich gibt es immer Punkte, bei denen es hakt. Der Campingplatz in Eldena ist so ein Thema. Schade, dass die Idee der Mediation vom Tisch ist. Ich persönlich kann nicht verstehen, dass der Betreiber den Platz nicht öffnet, sehe auch gute Argumente für eine Erbpacht. Wichtig wäre, sich endlich anzunähern und Kompromisse zu finden.

„Die Gemeinden brauchen mehr Geld, um wieder selbst gestalten zu können.“

„Prinzipiell finde ich die Energiewende richtig. Allerdings lässt die Art und Weise der Umsetzung zu wünschen übrig.“